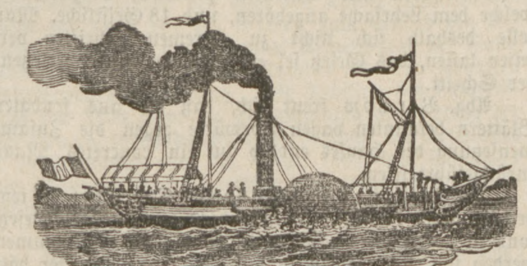
Danziger Dampfboot.

№ 36. 1863.

Donnerstag, den 12. Februar. 34ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse No. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



Staats-Lotterie.

Berlin, 11. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 2. Klasse 127. Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 4000 Thlr. auf Nr. 478. 1 Gewinn von 2000 Thlr. auf Nr. 50,910. 2 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 33,106 und 43,121. 1 Gewinn von 200 Thlr. fiel auf Nr. 64,579 und 3 Gewinne zu 100 Thlr. fielen auf Nr. 24,108. 67,042 und 87,357.

Telegraphische Depeschen.

Warschau, Mittwoch 11. Februar.
Der Dziennik publicirt eine Verordnung, daß Unmündige, die unter den Insurgenten ergriffen werden, nur polizeilich bestraft und ihren Eltern ausgeliefert werden sollen.

Lemberg, Mittwoch 11. Februar.
2200 Mann russischer Truppen sind vorgestern widerstandslos in Sandomirz eingerückt, die Insurgenten sind theils Nachts stromaufwärts entflohen, theils haben sie sich versteckt; die Bauern sollen einzelne derselben aufgefangen und erschlagen haben. Bei Tomaszow hat sich eine 130 Mann starke Insurgentenbande wegen Mangels an Geld- und Lebensmitteln zerstreut; es waren meistens Galizier, die einzeln in ihre Heimath zurückkehren.

Kassel, Mittwoch 11. Februar.
Der ehemalige Justizminister Abée ist zum Minister des kurfürstlichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, sowie der kürzlich entlassene Minister Dehn-Rothfelser zum Finanzminister ernannt worden.

Wien, Mittwoch 11. Februar.
Die „Wiener Presse" schreibt heute: Eine Circularnote der russischen Regierung soll, wie man sagt, an die auswärtigen Regierungen das Ersuchen einer strengeren Ueberwachung der Auswanderung nach Polen stellen und den österreichischen Behörden eine allzugroße Nachsicht bezüglich des Schmuggels mit Waffen nach Polen vorwerfen. — Der Kaiser hat eine Welt-Ausstellung in Wien für das Jahr 1865 angeordnet.

Itzehoe, Mittwoch 11. Februar.
Seitens mehrerer Abgeordneten entschiedener Richtung werden Amendements zum Adreßentwurf eingebracht werden, welche Hinzufügung eines Passus betreffs Schleswigs und Weglassung anderer Punkte bezwecken.

Paris, Mittwoch 11. Februar.
In der gestrigen Sitzung des Legislativen bewies Billault in seiner Rede über Italien, daß das Aufgeben Roms ein Verstoß gegen das religiöse und politische Interesse Frankreichs sein würde. Der Papst könne nicht Sklave sein. Bevor man eine freisinnige Kombination gefunden habe, könne Frankreich sich nicht einer einzelnen Forderung opfern. Die Politik Frankreichs habe sich nicht geändert, es habe den Italienern nie Rom versprochen. Billault sagte ferner, daß England gegen die Einheit sei und den Italienern empfehle, Venedig noch zu achten. Verlassen die Franzosen Rom und rufe der Papst dann Oesterreich zu Hülfe, so habe Frankreich kein Recht, sich dem zu widersetzen. Billault glaubt, daß Piemont allein dann nicht werde Widerstand leisten können. Italien könne wählen zwischen der Revolution und der Unterstützung Frankreichs, während es sich organisire. Der Kaiser werde fortfahren, an der Versöhnung Italiens mit dem Papste im Interesse Italiens und der Religion dem Verlangen der katholischen Welt und besonders Frankreichs gemäß, zu arbeiten. Das Amendement wurde verworfen, der Paragraph angenommen.

London, Mittwoch, 11. Februar.
In der gestrigen Sitzung des Oberhauses kündigte Lord Normanby an, daß er einige Bemerkungen gegen den Inhalt des auf Rom bezüglichen Blaubuches machen werde.

— Im Unterhause wünscht Hennessy, daß die Regierung die zwischen England, Frankreich und Oesterreich in Betreff Polens gewechselten Depeschen vorlege, damit man entnehmen könne, ob es wahr sei, daß Österreich während des Krimkrieges sich für die Unabhängigkeit Polens bemüht, aber Lord Clarendon 1856 abgelehnt habe, auf eine Diskussion der polnischen Frage einzugehen. Palmerston erwidert, die österreichische Regierung habe während des Krimfeldzuges nie die Unabhängigkeit Polens zur Bedingung ihres Eintrittes in die Allianz der Westmächte gemacht und würde einem derartigen Arrangement eher Widerstand geleistet haben. Peacocke (Mitglied für Maldon, conservativ) verdammt eine jede Abtretung der jonischen Inseln; Roebuck fragt, ob über diesen Gegenstand Depeschen von der österreichischen Regierung eingetroffen seien. Palmerston erklärt, er wisse das nicht und werde nachfragen. Er vertheidigt die Abtretung der jonischen Inseln, für die übrigens die Zustimmung der Großmächte und der Ionier ein unerläßliches Erforderniß sei, Malta, Gibraltar werde England niemals abtreten.

— Laut Depeschen aus New-York vom 31. v. M. geht dort das Gerücht, die Franzosen hätten vor Puebla schwere Verluste erlitten.

— Die Expedition unter Mac Clernand ist an den Ufern des Mississippi Bicksburg gegenüber gelandet. Die Legislative von Missouri zeigt sich der Emanzipation günstig.

— Aus Cuba war die Nachricht eingegangen, daß auf der Höhe von Havannah ein spanisches Kriegsschiff auf den Unionsdampfer „Neanie" gefeuert hat.

Madrid, Dienstag 10 Februar.
Die Neubesetzung vieler Präfekturen beweist, daß das Ministerium sich auf neue Wahlen vorbereitet. Die Oppositionellen würden sich vereinigen, wenn die Kammern aufgelöst werden sollten.

Vera-Cruz, Freitag 9. Januar.
Einem Gerüchte zufolge hat General Legrade mit 10,000 Mann Mexikanern aus Puebla die französische Division bei Acasjete geschlagen. 2000 Franzosen sind getödtet. 800 Mann mecikanische Kavalerie hätte, wie es heißt, die Berthiersche Division in Rio Saco überrumpelt. Der Verlust der Franzosen belief sich auf 1600 Mann. Die Franzosen hätten Puebla erobert, Tampico und Jalapa verlassen.

Die französische Adreß-Debatten.

Es bleibt doch immer eine beachtungswerthe Erscheinung, daß zwischen die Wolken des offiziellen Weihrauchs, die seit lange für das französische Publikum die kaiserliche Politik in einen Nimbus unfehlbarer Weisheit zu hüllen suchen, plötzlich ein so greller Strahl offener und ungeschminkter Wahrheit gefallen ist, der die Thatsachen in klarem Lichte in unverfälschter Gestalt dem Auge darzulegen weiß, wie die von Jules Favre bei der Adreßdebatte gehaltene Rede. Solche Worte sind lange nicht in Frankreich gehört worden, und wenn auch der gesetzgebende Körper dafür sorgte, diesen grellen Mißton in dem Unisono seines dienstbeflissenen Enthusiasmus zu begraben, so wird ihre Wirkung nicht verloren gehen, am wenigsten wohl auf den Herrscher selbst, der die Kunst auf die Zeichen der Zeit zu lauschen bis jetzt wenigstens, wie wenige verstanden und mit Erfolg geübt hat. Es ist nicht die rhetorische Kunst, welche diesen Triumph gefeiert hat, es ist nicht die Kühnheit oder Neuheit der Gedanken, die uns überrascht, sondern nur der einfache Muth, auf die schmerzende Wunde des Landes, die am Ende jeder zu fühlen anfängt, hinzuweisen, um damit freilich das Grundübel, aus dem alle Leiden Frankreichs entspringen, zu berühren. Die Folgen desselben mußten freilich so offen zu Tage treten wie bei der mexikanischen Expedition, um die Nation aus der Lethargie, in die ihr politisches Bewußtsein seit geraumer Zeit versunken, in etwas aufzurütteln; darum treffen auch grade nur in dieser Frage seine Pfeile so scharf, während sie in der italienischen, die demselben System entsprungen ist, wo aber die jetzige Politik der Regierung offenbar von der Mehrheit der Franzosen unterstützt wird, machtlos zu Boden fallen. Durch die Erfolge, welche der allerdings mit Energie und Schlauheit geführten kaiserlichen Politik eine Zeit lang zur Seite standen, konnte so mancher über die Schattenseiten dieses Systems getäuscht werden, dem tiefer Blickenden konnte die Verderblichkeit desselben für die Zukunft des Landes schon lange nicht verborgen bleiben; es läuft darauf hinaus, die Kräfte Frankreichs in auswärtigen Unternehmungen zu verwenden, die mit den wahren Interessen des Landes nichts zu thun haben, nur darauf berechnet sind, dem Bewegungstrieb und der kriegerischen Neigung der Nation Beschäftigung, ihrer Eitelkeit augenblickliche Befriedigung zu gewähren. Es wurden dazu möglichst solche Unternehmungen gewählt, die zur Durchführung nicht zu gewaltige und namentlich nicht zu langwierige Kraftanstrengungen erforderten, womöglich irgend eine schönklingende Idee aufgetrieben, um sie als Deckmantel über den eigentlichen Zweck zu breiten, ein mächtiger Allürter, dessen Interessen man zu ködern wußte, mit herangezogen und dann, wenn nur ein leidlicher Erfolg erreicht war, der gründlichen Ausmachung der Fragen sich aber schwierige Hindernisse entgegenstellten, um die französische Ungeduld nicht zu ermüden, plötzlich abgebrochen. Das bisherige Glück scheint denn auch auf den scharfsinnigen Herrscher nicht ganz seine berauschende Wirkung verfehlt und er diesmal mehr nach Laune, als nach gründlicher Untersuchung aller dabei mitwirkenden Bedingungen gewählt zu haben. Denn die Beziehungen zwischen dem französischen Interesse und der mexikanischen Frage sind doch wirklich viel zu weitliegend, als daß sich dadurch irgend ein ernstes Eingehen darauf rechtfertigen ließe. Auch diesmal schwebt freilich dem Kaiser nach seiner Correspondenz mit General Forey wieder eine großartige Idee vor, er will der lateinischen Race ihre verlorne Stellung in der neuen Welt gegen die Uebermacht der angelsächsischen wieder gewinnen, als wenn sich das so im Handumdrehen von einem Menschen bewirken ließe, noch dazu in demselben Augenblick, wo er erklären muß, daß in Algerien die dreißigjährigen Colonisationsversuche der Franzosen fruchtlos gewesen. Nun haben sich auch die Verbündeten bei Zeiten aus der Affaire gezogen, die Schwierigkeiten übersteigen alle Erwartungen, das Ziel rückt immer weiter in die Ferne. Bis zur Eroberung der Hauptstadt wird man schon noch aushalten müssen, unterdessen sich wohl aber nach einer Wendung umsehen, um mit möglichst guter Manier davon zu kommen.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

11. Sitzung. Dienstag, den 10. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält das Wort:

Der Ministerpräsident v. Bismarck. Derselbe bestätigt, das Schreiben des Präsidenten des Hauses empfangen und die nöthigen Schritte in Betreff der Betheiligung der Minister an der heutigen Sitzung gethan zu haben. Die Regierung nehme zwar ein lebhaftes Interesse an den Verhandlungen des hohen Hauses, allein eine strikte Verpflichtung, denselben beizuwohnen, liege für sie nach der Verfassung nicht vor. Dagegen habe die Staatsregierung häufig anderweitige Geschäfte zu erledigen, wodurch die Anwesenheit der Minister im Hause verhindert werde. Wenn aber, wie dies gestern geschehen, die Anwesenheit der Minister im Hause direkt verlangt werde, so glaube er wenigstens darum bitten zu müssen, daß die nächste Sitzung dann in Uebereinstimmung mit dem Ministerium anges tzt werde, damit dasselbe dann nicht etwa in anderweitigen wichtigen Geschäften gestört werde.

Der Justizminister Graf zur Lippe kann es nicht gerechtfertigt finden, daß das Haus, wenn er ausdrücklich einen Kommissarius als seinen Vertreter abordne uun auch noch seine Anwesenheit verlange. Wenn ihm ein Mitglied seines Ministeriums assistiren solle, so könne das auch geschehen, wenn er, der (Minister) abwesend sei, und er glaube wohl, daß das Haus auch für diesen Fall seinen Assistenten und Vertreter respektiren werde.

Abg. Eberty. Der Herr Ministerpräsident habe bei der Adreßdebatte auf die Zustimmungsadresse hingewiesen, welche aus Muschwitz dem Abgeordnetenhause zugangen sei. Er als Vertreter des Wahlkreises Merseburg, zu welchem Muschwitz gehöre, habe sofort an zuverlässiger Stelle Erkundigungen eingezogen, und da sei ihm die Nachricht geworden, daß allerdings Unbefugte die Adresse aus Muschwitz unterschrieben hätten, diese Unterschriften aber sofort, wie man hiervon Kenntniß erhalten, beseitigt seien. In der von ihm überreichten Adresse befinde sich übrigens keine Unterschrift aus Muschwitz.

Ministerpräsident v. Bismarck. Die kgl. Staatsregierung habe nicht das hinreichende Interesse, um auf eine Discussion über diesen Gegenstand einzugehen.

Dr. Virchow wünscht, daß eine strengere Handhabung der Vorschriften in Betreff der Korrektur der stenographischen Berichte durch die Abgeordneten, welche gesprochen haben, vom Präsidenten eingeführt werde.

Ministerpräsident v. Bismarck verweist auf die Schwierigkeit, mit welcher die Stenographen bei Rednern, die, wie er, schnell sprechen, verstehen und folgen können, und deshalb sei es oft nöthig, wesentliche Aenderungen vorzunehmen, da oft in den Berichten Unrichtigkeiten enthalten seien.

Der Präsident stellt hiernächst eine genauere Kontrole der Korrektur der stenographischen Berichte in Aussicht.

Der Finanzminister v. Bodelschwingh legt einen Gesetzentwurf, betreffend die Erhöhung des Tarasatzes für in den Zollvereinsverband eingeführte unbearbeitete Tabacksblätter von 12 auf 22 pCt., vor und bittet, da der Zollverein diese neue Anordnung bereits mit dem 1. April einführen wolle, eine Berathung des Entwurfs so bald als möglich vorzunehmen. — Es werden die Abgg. v. Patow zum Referenten und von Rönne (Solingen) zum Correferenten ernannt, welche baldigst dem Hause mündlichen Bericht zu erstatten haben.

Nunmehr tritt man in die Tagesordnung ein: Wiederaufnahme der Berathung über das Gesetz wegen der Diäten-, Reise- und Stellvertretungskosten der Abgeordneten.

Abg. v. Gottberg erklärt sich für das Gesetz, wenn, wie Reichensperger wolle, eine Normirung der Stellvertretungskosten eintrete. Er ist gegen eine Erhöhung der Diäten, dagegen für eine solche der Repräsentationskosten für den Präsidenten und ist bereit, stets eine Anbahnung der Verständigung und Vereinigung der Abgeordneten zu unterstützen.

Graf Schwerin erklärt sich für unbedingte Verwerfung des Gesetzes aus den im Commissionsbericht niedergelegten Gründen. Eine Zurückweisung an die Commission würde zu nichts führen. Es sei nicht geboten, das durch die Praxis geregelte Verfahren gesetzlich festzustellen. Zu einer Erhöhung der Diäten, also einem Beneficium, sei es eben so wenig Zeit als zu einem Onus, wie es das Gesetz für die Abgeordneten wolle. Die Erhöhung der Repräsentationsgelder für den Präsidenten ließe sich bei den Etatsberathungen, nicht aber an dieser Stelle bewerkstelligen. Auch mit der gesetzlichen Fixirung der Portofreiheit solle man jetzt nicht vorgehen. Was die Drohung mit Erledigung der Sache auf dem Verwaltungswege betreffe, so sei dies nichtig, dafür sei das Gesetz vom 24. Mai 1861 vorhanden, welches den Beamten den Rechtsweg offen halte; Sache der Gerichte sei es zu unterscheiden, was Rechtens ist, dann sei es geeignet weiter zu verhandeln. Auch der Redner wünschte weniger Beamten im Hause, das Gesetz in Rede sei aber nicht der Weg dahin zu gelangen. Man gebe durch freiere Institutionen den Leuten Gelegenheit sich in Kreis und Gemeinde zu bewähren, dann werde man nicht mehr auf Juristen in erster Linie Rücksicht nehmen, wozu man bisher gewissermaßen gezwungen war. Eine theilweise Ablehnung würde zur Verweisung und Berathung des Gesetzes an das und in dem Herrenhause und nur zu resultatlosen Debatten führen. (Lebhafter Beifall.)

Der Justizminister vertheidigt den Entwurf als einen auf Gerechtigkeit und Ausgleichung einer Bevorzugung gerichteten. Es sei nicht vortheilhaft, daß allzuviel Juristen in der Kammer seien, man würde durch zuviel Rücksicht für den Formalismus der Verhandlungen und Gesetze den Sinn für ihren Inhalt verlieren; übrigens erklärt sich der Minister auch gegen alle Amendements.

Abg. Rohden empfiehlt einfache Ablehnung des Gesetzes. Seine tendenziöse Absicht erhelle aus seiner Datirung vom 5. Januar d. J., also vor Beginn der Verhandlungen sei das Gesetz Beschluß gewesen. Beamte hatten immer in großer Zahl dem Hause angehört und nie zum Schaden der Regierung. 1849 sei das Gesetz verworfen, damals hätten 38 Landräthe dem Hause angehört, später hätte man es auch nicht durchgesetzt, als 70 bis 80 Landräthe im Hause saßen. Jetzt seien hier alle Interessen vertreten, es befinden sich darin 111 Richter und Juristen, 31 Verwaltungsbeamte, 4 Staatsminister resp. wirkliche Geheime Räthe, 97 Grundbesitzer, (hört, hört!), 21 Communalbeamte und Bürgermeister, 8 ländliche Beamte, 30 Personen, welche dem Gewerbe-, Berg- und Mühlenbetriebe angehören, 42 Professoren und Doctores promoti, 3 Personen, welche dem Lehrfache angehören, und 18 Geistliche. Man solle deshalb sich nicht zu extremen Schritten verleiten lassen, das Gesetz sei ein extremer und verletzender Schritt.

Abg. Virchow freut sich, daß die aus feudalen Blättern bekannten vagen Vorwürfe gegen die Zusammensetzung des Hauses endlich auf ein concretes Maaß znrückgeführt seien.

Der Minister des Innern: Das Gesetz sei tendenziös, aber die Tendenz gehe nicht gegen das Gesetz, sondern gegen die Beamten, denen der Reiz benommen werden soll, sich wählen zu lassen. Der Minister hält das Gesetz auch nicht für opportun und werde es erst dann ausführen, wenn er den geachteten Zeitpunkt für gekommen erkenne. Der Minister hält eine Landrathskammer auch nicht für eine ausreichende Vertretung des Volks; Beamte könnten das Ministerium unterstützen, jedoch keine ansreichende Unterstützung sein, allein oppositionelle Beamte in der Kammer sei etwas ganz Unerhörtes für die Regierung.

Abg. v. Sänger gegen das Gesetz. Es sei nicht abzusehen, warum man hier auf Ausführung eines Verfassungsartikels bestehe, seien doch noch so viele und wichtige Artikel der Verfassung unausgeführt.

Der Ministerpräsident: Die Regierung halte das Gesetz für opportun. Die Verfassung normire die Diäten nach Maßgabe eines Gesetzes, das Gesetz fehle. Da sich nun im Hause Resolutionen vorbereiten, um die Minister mit ihrem Vermögen haftbar zu machen für die von ihuen bestrittenen Ausgaben, so müsse die Regierung an derartige Gesetze herantreten. Der Gesetzentwurf in Rede sei ein gerechter und billiger und empfehle sich zur Annahme.

Abg. Schulze (Berlin) will nur die sehr bedenkliche Theorie beleuchten, welche der Minister des Innern entwickelt. Die ganze Thätigkeit des Landtages sei in Frage gestellt, wenn die Ausführung der beschlossenen Gesetze lediglich der Willkür der Regierung überlassen ist. Zur Sache sei zu bemerken, daß die Regierung doch nur erfreut sein könnte, wenn man ihren Beamten das Vertrauen des Landes beweise. Dies noch aus dem absolutem Staate herstammende Verhältniß sollte man zu erhalten, nicht zu zerstören suchen. Wohl habe Graf Schwerin Recht, daß es besser sei, die Abgeordneten aus ihrer Thätigkeit in Club und Gemeinde hervorgehen zu lassen, dazu fehlt es aber noch an entsprechenden Institutionen. Die Vorlage und die Discussion von Seiten der Minister beweise, daß nicht nur die Massen den Vorwurf politischer Unreife verdienten, daß wir uns vielmehr noch sehr weit don den constitutionellen Zielen befänden, welche Volk und Land ersehnen. — Die allgemeine Debatte wird geschlossen.

Der Kriegsminister: Auf Grund einer allerhöchsten Ermächtigung überreiche ich dem Hause einen Entwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst. Der Gesetzentwurf, bemerkt der Minister, trägt den Charakter einer Novelle und ist das Product eingehender, gewissenhafter Erwägungen, sachkundigster Ueberlegung und ernster Würdigung der Gedanken, welche von allen Seiten bekannt geworden: von diesem Hause, ja selbst von der Presse, aus vielen freiwilligen Beiträgen, welche mir durch die Post zugegangen. Das Resultat der Erwägungen, von denen die Regierung geleitet worden, ist der möglichste Anschluß an ältere Gesetzesbestimmungen und charakterisire sich: in der Erhaltung und Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, in der Erhaltung der Landmacht im stehenden Heer und Landwehr 1. u. 2. Aufgebots und in der Herbeiführung einer größeren Streitbarkeit und Kriegstüchtigkeit, welche nach den Erfahrungen der Jahre 1860 und 61 anerkannt worden zu sein scheinen. Die Reorganisation ist recht eigentlich die Wiederherstellung der organisatorischen Gedanken des Gesetzes von 1814. In diesem Sinne und reorganisatorischen Geiste ist das Gesetz gehalten und bemüht, Erleichterungen in das Leben zu rufen, wenngleich es auch andrerseits erhöhte Ansprüche erhebt. Nach dem Entwurf ist die Zahl der Dienstjahre von 20 auf 17, bei der Landwehr von 14 auf 9 und zwar bei dem ersten Aufgebot von 7 auf 4, bei dem zweiten Aufgebot von 7 auf 5 Jahre reducirt. Man rechne hinzu, daß weitere Entlassungen eintreten dadurch, daß die älteren Verpflichteten gegenüber der größeren Zahl activer Soldaten geschont und nicht bei jedem Anlaß aus den bürgerlichen Verhältnissen heraus zur Fahne gerufen und daß die Uebungen der Landwehr abgekürzt werden. Diese sollen erfolgen für die Landwehr-Infanterie während der 4 Jahre 2 Mal und zwar auf 8—14 Tage im Compagnie- oder Bataillons-Verbande, für die Landwehr-Cavallerie sollen die Uebungen, und gewiß zur Erleichterung für die Leute wie für die Kreise, ganz aufhören, auch soll eine Verringerung der Controllversammlungen eintreten. Dagegen treten für das stehende Heer statt der bisherigen 5 Jahre 7 Jahre Dienstzeit ein. Außerdem wird die bisher nicht geregelte Verpflichtung zum Kriegsseedienst organisirt und die Bevorzugung der Seedienstpflichtigen (Ges. vom 4. April 1854) aufgehoben. Ich überreiche das Gesetz der Landesvertretung in Hoffnung auf eine unbefangene, unparteiische und patriotische Erwägung. — Das Gesetz wird einer besonderen Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Man kehrt zur Tagesordnung zurück. Nach dem Resumé des Referenten wird das Gesetz über die Stellvertretungskosten der Abgeordneten Paragraph für Paragraph und dann im Ganzen fast einstimmig ohne weitere Debatte verworfen. Nächste Sitzung unbestimmt

---

Rundschau.

Berlin, 11. Februar.

— Se. Maj. der König hatte gestern Mittags eine längere Unterredung mit dem russischen Feldmarschall Fürsten von Bariatinski, welcher von St. Petersburg mit Gefolge hier eingetroffen ist.

— Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die zwischen Preußen uud Rußland neuerdings abgeschlossene Convention bestimmt, daß die über die preußische Grenze übergetretenen russischen Soldaten ihre Waffen behalten. — Die von mehreren Zeitungen gebrachte Mittheilung von einer bevorstehenden Rundreise des Königs in den Provinzen wird als durchaus unbegründet bezeichnet.

Schweden. Die Stadt Gothenburg hat aus Dankbarkeit für den neulich von der Regierung an die Reichsstände eingereichten Vorschlag zu einer Veränderung der Landesvertretung beschlossen, eine von den Einwohnern der Stadt unterzeichnete Adresse mittelst einer Deputation an den König abzusenden. Diese Adresse lautet wie folgt:

„Mit den vielen Stimmen, welche gegenwärtig einen hochsinnigen König und seine erleuchteten Rathgeber preisen für eine große Regierungshandlung, wollen die unterzeichneten Bürger in Ew. Majestät getreuen Stadt Gothenburg ihre warmen und aufrichtigen Ausdrücke tiefer und unterthäniger Dankbarkeit vereinigen für den vom Throne ausgegangenen Vorschlag zu einer neuen Reichstagsordnung in Schweden. Wenn es auch nicht bestritten werden kann, daß ein guter Gemeinsinn, begründet in der sittlichen Kraft der einzelnen Mitbürger, ihrer Aufklärung und Vaterlandsliebe, mächtig ist, trotz der ungünstigsten repräsentativen Formen, eine Nation vorwärts zu führen auf der Bahn der Veredelung, so ist es doch auch wahr, daß diese Formen möglichst getreu den Ausdruck des politischen Bewußtseins der Nation, ja sozusagen die verkörperte Zusammenfassung ihrer besten und stärksten Gemeinkräfte sein müssen, und daß, wenn sie dieses nicht sind, stets Hemmungen entstehen, welche erlahmend und schädlich auf die friedliche Entwickelung der Gesammtheit einwirken. Daß eine neue Zeit ihrer veränderten socialen Verhältnisse halber, auch neue Staatsformen erfordert, ist eine Wahrheit, welche die Geschichte auf jedem Blatte erzählt, aber nur selten sind solche Umgestaltungen auf dem Wege des Friedens und der Eintracht zu Stande gekommen, auf welchem es nun unserm Vaterlande vergönnt zu sein scheint, seine repräsentativen Staatsformeu den Anforderungen seines gegenwärtigen Entwickelungsstadiums gemäß zu entwickeln; denn selten nur hat eine Nation das Glück gehabt, zu der Zeit grade, wann eine neue Lebensform hervortreten sollte, an der Spitze seiner Regierung einen König zu besitzen, welcher mit dem vorurtheilsfreien und klaren Blicke, die Anforderungen der Zeit aufzufassen, auch den edlen kraftvollen Willen vereinigt, das durchzuführen, was er für recht und staatsklug hält. Der Vorschlag zur Umbildung unserer Reichstagsformen, welcher von Ew. Kgl. Maj. ausgegangen ist, zeugt von eben derselben richtigen Beurtheilung der Verhältnisse, welche Ew. Maj. in übrigen Regierungshandlungen beweisen. Den edlen, Vaterländischen Königlichen Sinn erkennen wir auch wieder, und so sieht Schwedens Volk mit froher Hoffnung der friedlichen Lösung einer ihrer größten nationalen Fragen entgegen. In organischem Zusammenhange mit der communalen Selbstregierung wird die neue Reichsrepräsentation, vertrauensvoll mit Ew. Majestät und dessen Regierung zusammenwirkend, den gemeinsamen Angelegenheiten des Staates eine von keinem untergeordneten Interesse gestörte Fürsorge widmen können, und in alle Verwaltungsorgane wird neues Leben einströmen. Schon jetzt als ein glückliches und vorwärtsschreitendes Land geschätzt und geachtet, wird Schweden künftig ohne Selbstlob in Betracht seiner öffentlichen Einrichtungen, Gesetze und Verwaltung als ein Muster vor anderen Nationen dastehn können. Der gerechte Richterschluß der Geschichte wird dafür dem Könige Carl XV. eine Ehre geben, die nimmer verbleichen wird; aber Ew. Maj. verschmähe deßhalb nicht, von getreuen und glücklichen Unterthanen einen freiwilligen, ohne Schmeichelei dargebrachten Ausdruck wirklicher Dankbarkeit! Möge der Allgute, der die Geschichte der Könige und Völker leitet, Ew. Maj. das Glück schenken, in vielen friedvollen Regierungsjahren den Lohn zu erndten im eigenen Bewußtsein und in der Liebe eines dankbaren Volkes. Empfange, großmächtigster, allergnädigster König die unterthänige Versicherung einer tiefen Ehrfurcht und Dankbarkeit der Einwohner Gothenburgs.

Neapel, 3. Febr. Die Entführung des Bankdirectors, Marchese Avitabile, durch die Bande Pilone's wird bereits auf höchst romantische Weise ausgeschmückt und wahrscheinlich noch fabelhafter von Alex. Dumas ausgearbeitet werden. Es soll Herr Avitabile von einem Bauer in der Nähe seines Gutes auf die Hühnerjagd verlockt, also nicht in seiner Villa am Vesuv abgefaßt sein. Er wurde zu Pilone gebracht, der von etwa 40 anderen, wohlbewaffneten Briganten umgeben war, ein rothes Hemd, einen italienischen Spitzhut und drei Decorationen auf der Brust trug. Er sagte zu Herrn Avitabile: „Sie werden schon wissen, Herr Marchese, daß ich der Chef-Commandant der Vorposten von der Occu-

pations-Armee Franz II. bin, und deßhalb erkläre ich Ihnen ohne Umschweife, daß Sie 60,000 Ducati zu zahlen haben; Ihr Leben ist nicht bedroht." Diese 60,000 Duc. wurden nachher auf 20,000 Duc. herabgesetzt, weil Avitabile versprochen hatte, sie binnen zwölf Stunden herbeizuschaffen. Als das Geld angekommen war, begleitete Pilone den Marchese noch ein Strecke Wegs und führte ihn in eine Waldkneipe, wo er ein Glas Wein mit ihm trank und ihm das Dekret von Franz II. unterzeichnet zeigte, das ihn wirklich zum „Commandanten der Vorposten" Franz II. am Vesuv ernannte und mehrere Ordensdiplome, darunter auch den S. Francesco-Orden, vorlegte. (Die zahlreichen andern Inhaber des neapolitanischen S. Francesco-Ordens in Deutschland, besonders die bayerischen Landrichter' welche am Bodensee die Werbungen für Neapel und Rom förderten, werden hoch erfreut sein, so würdige Ordens-Collegen, wie Pilone und andere Briganten zu haben.)

Athen, 30. Jan. Die griechische Königsfrage scheint — so schreibt man der „Triester Ztg.", — Dank der Intervention Englands und der Vermittelung des Königs der Belgier, ihrer Lösung entgegen zu gehen. Wir vernehmen eben aus zuverlässiger Quelle, daß Herr Elliot in Folge eines Telegramms des Foreign Office der provisorischen Regierung Griechenlands schriftlich notificirt hat, daß der Herzog Ernst von Koburg geneigt ist, den griechischen Thron im Falle einer Wahl anzunehmen und sogleich seinen Nachfolger in der Person des in Wien lebenden Prinzen August von Koburg zu bestimmen. Die Nachricht ist hier mit großem Enthusiasmus aufgenommen worden; die großen persönlichen Vorzüge des Fürsten, die allgemeine Hochachtung, welche seine Familie überall genießt, der englische Schutz, der für das Land in Zukunft gewiß erscheint, sowie die Bestimmung der Person des Thronfolgers bieten für das Land unermeßliche Bürgschaften, während anderen Theils das Volk der revolutionären Zustände müde zu werden beginnt und sich nach der Ruhe und Ordnung normaler Verhältnisse sehnt. Daß sich gegen die Candidatur des deutschen Fürsten noch eine Opposition erheben wird, ist nicht zu bezweifeln; dieselbe wird aber voraussichtlich die Wahl nicht ernstlich hemmen.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, den 12. Februar.

— Zur Vervollständigung der gestern von uns gebrachten Nachricht über die angeordnete Kriegsbereitschaft des 1. Armeecorps und 3. Garde-Regts. theilen wir noch mit, daß die 1. Division unter dem Commando des Generallieutenant v. Griesheim in der Gegend von Neidenburg zusammengezogen wird, während bei Thorn und Culm die 4. Division (vom 2. Corps) ihren Standpunkt erhält. Auch an der schlesisch-polnischen Grenze werden größere Truppenkörper concentrirt. Die angeordnete Kriegsbereitschaft wird innerhalb 11 Tagen vollendet sein. Die Bataillons sollen eine Stärke von 1001 Mann erhalten. Die Kavallerie und Artillerie hält die Pferde scharf beschlagen und sollen aus Trakehnen fehlende Pferde beschafft werden. Wie es heute heißt, bleibt das 3. und 4. Ostpr. Grenadier-Regt. hier in Garnison; dagegen soll das hier und in Stettin stehende 3. Garde-Regt. am 27. d. Mts. nach Bromberg ausrücken. Um dem Mangel an Quartieren durch die vergrößerte Truppenzahl der Regimenter hier abzuhelfen, wird vermuthlich 1 Bataillon des 3. Ostpr. Gren.-Regts. nach Königsberg verlegt werden; da von dort ebenfalls Ausmärsche an die Grenze stattfinden.

— Gestern ist hier ein als Rentier lebender Pole, Hr. von Z—i verhaftet worden, da man ermittelt hat, daß derselbe der Absender der bei Graudenz in Beschlag genommenen Kiste mit Waffen nach Polen ist. Das Preuß. Strafgesetzbuch verhängt schwere Strafen für dergleichen verbotene Handlungen.

[Stadtverordneten-Sitzung am 10. Febr.]
(Schluß.)

Herr Stadtrath Strauß erklärt, der Damme'sche Antrag gehe zu weit. Die königl. Regierung habe dem Verlangen der Versammlung, einen Diätensatz zu bewilligen, vollständig genügt. Man möge, um noch mehr Klarheit in die Sache zu bringen, die Liquidationen so einrichten, daß die verschiedenen Arbeitszeiten (die angefangenen Tage) zu einem Arbeitstage zusammengefaßt würden. Hr. Piwko ist der Meinung, daß die Commission nicht eher gewählt werden dürfte, als bis die Frage über den Diätensatz vollkommen erledigt sei. Hr. Stadtrath Strauß macht den Vorschlag, eine Erläuterung von der königl. Regierung zu fordern. So viel aber sei doch klar, daß, wenn die Commission nur eine halbe Stunde gearbeitet habe, sie doch nicht den Diätensatz für einen vollen Tag beanspruchen könne. Hr. Damme entgegnet, daß die Mitglieder der Commission, welche die Versammlung wählen würde, ihre Forderungen so einrichten würden, wie es sich gezieme. Es würden Leute sein, die wohl schon 2½ Thlr. auf dem Tisch gesehen hätten, Leute, die gewiß keine Ursache hätten, auf eine solche Belohnung erpicht zu sein. Man müsse sie aber vor Schaden zu schützen suchen. Ein angerissener Tag sei für sie, denen Zeit über Alles gehe, in den meisten Fällen ein verlorener. Hr. Jebens bittet, die Sache nicht auf die Spitze zu treiben. Wenn man von der königl. Regierung einen zu hohen Diätensatz fordere; so werde sie sich auf eigene Hand Kräfte engagiren, und das möchte für die Commune nicht vortheilhaft sein. Der Herr Oberbürgermeister erklärte, daß man wohl die ganze Angelegenheit etwas zu schwer nehme. Fast alle Communen hätten sie leicht genommen; nur drei hätten sie generalisirt. Seinem Gefühle nach würde es angemessen sein, wenn die Versammlung von dem Damme'schen Antrag Abstand nehmen wolle. — Hr. Liévin stellt die Berechtigung desselben zwar nicht in Abrede, will aber auch nicht, daß er pure angenommen werde. Hr. v. Rottenburg findet, daß die Versammlung die Angelegenheit viel zu theoretisch behandle. Wenn den Herren, die in die Commission gewählt würden, das Geschäft nicht gefalle, könnten sie ja jeder Zeit zurücktreten. Nachdem noch Hr. Bode für den Damme'schen Antrag gesprochen, wird derselbe angenommen. Es erfolgen verschiedene Bewilligungen für Verpachtungen u. s. w. Dann trägt Hr. Damme den Revisionsbericht über den Etat der Feuerwehr pro 1863 vor, ferner Hr. Goldschmidt den Revisionsbericht über den Etat des Kinder- und Waisenhauses pro 1863 und Hr. Biber zum Schluß den Revisionsbericht für die gesammte Armenpflege der Commune pro 1863. Einzelne Notaten geben zu lebhaften Diskussionen Veranlassung. Die Revision des Lazareth-Etats pro 1863 lehnt die Versammlung auf Antrag der Revisoren ab, indem das Lazareth in Folge des Beschlusses der Versammlung vom 24. Sept. 1861 den Character einer städtischen Anstalt verloren hat und als eine milde Stiftung erklärt worden ist.

Schluß der Sitzung nach 7 Uhr.

— Se. Maj. der König haben Allergnädigst geruht: Dem General-Lieutenant z. D. Hrn. von Baczko, bisherigen Commandeur der 2. Division, der Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe zu verleihen.

— Morgen, Freitag Abend, wird Hr. Dr. Borgius seine erste Vorlesung im Gewerbehause halten. Er wird die höchstwichtige Frage beantworten: „Giebt es einen Gott, der die Welt geschaffen, oder ist sie nie geschaffen und von Ewigkeit da ohne Gott? Einen anziehenderen Stoff hätte der junge Theologe kaum wählen können, um sich ein sehr zahlreiches Auditorium zu verschaffen.

— Ein hiesiger Arzt hatte in zwei Monaten zweimal Gelegenheit finniges Schweinefleisch, einmal als sog. Häschen, das andere Mal als imposanten Schinken auf dem Speisetische zu sehen. In beiden Fällen hatten die Fleischer das finnige Fleisch als gesundes verkauft. Der Arzt nimmt deßhalb Veranlassung, die Fleischer Danzigs vor Uebertretung der sanitätspolizeilichen Vorschriften zu warnen, das Publikum aber über die wahre naturwissenschaftliche und medicinische Bedeutung der Finnen aufzuklären. Die Finne ist ein Blasenwurm und gehört zu den thierischen Schmarotzern, welche in andern und von andern Thieren leben. Von den Thieren, deren Fleisch wir essen, kommt sie vor allem beim Schweine, sehr selten beim Rinde und Reh vor. Ihr Aussehen ist bekannt. Sie liegt gleich einem weißen fast erbsengroßen Kügelchen lose im Fleisch eingebettet. Gelangt sie unversehrt, so nach dem Genusse rohen finnigen Fleisches, in den Darm eines Menschen, und saugt sie sich mittelst ihres Hakenkranzes und ihrer Saugnäpfe an der Darmwand fest, so setzt sie Glieder an und entwickelt sich zum Bandwurm, zur sog. Taenia Solium, welche Bandwurmart am schwersten abzutreiben ist. Dieser Wurm vereinigt männliche und weibliche Geschlechtsorgane in sich, birgt in jedem seiner zahlreichen reifen Glieder massenhafte entwicklungsfähige Eier, welche sammt den Gliedern von Zeit zu Zeit abgestoßen und aus dem Darm entleert werden. Gelangt diese Brut des Bandwurms nur durch Verschlucktwerden in den Darmkanal eines passenden Thieres, z. B. des Schweines, so bohrt sie sich vom Darmkanal aus in die andern Gewebe des Körpers ein. Ist sie auf diese Weise an eine passende Stelle z. B. in die Muskeln oder ins Gehirn des Thieres gelangt, so wächst ihr zum blasenartigen Leib Hals und Kopf, welcher dem des Bandwurms ähnlich ist; und sie bildet so die als Blasenwürmer bekannten Schmarotzer, sog. Cysticercus cellulosae, welche auch beim Menschen im Fleisch, Gehirn, im Gekröse, selbst im Auge vorkommen, nichts anders sind als unentwickelte Bandwürmer ohne ausgebildete Geschlechtsorgane, und beim Schweine Finnen heißen. Ein der Finne ähnlicher Blasenwurm, sog. Colnurus cerebralis, kommt im Gehirn der Schafe vor und ist Ursache der Drehkrankheit. Der Entwicklungsgang ist also kurz folgender: Ungefähr wie aus dem Froschei zuvörderst die Froschlarve und im nächsten Jahre erst der Frosch selbst wird, so entwickelt sich aus dem Ei des Bandwurms als Vorstufe, gleichsam als Jugendstadium der Blasenwurm, nicht im Darm, sondern in andern Körpertheilen der Thiere, und aus dem in den Darm gelangten Blasenwurm das vollkommene Thier, der Bandwurm. Dieses ist durch Experimente, durch Fütterung von Thieren und Menschen (Verbrechern) mit Blasenwürmern festgestellt. Unklarer ist die Entstehung und Einwanderung anderer Eingeweidewürmer des Menschen. Der Standpunkt aber, auf welchem man an eine Entwicklung solcher Schmarotzer aus angesammeltem und verändertem Darmschleim, an eine sog. Urzeugung glaubte, ist überwunden. Ein Thier kann nur aus einem thierischen Keim (Ei) entstehen. Die Spulwurmbrut wird wahrscheinlich mit mehligen Speisen in den Darm eingeführt und rührt vielleicht aus dem Mehlkäfer her, bei dem man Eingeweidewürmer nachgewiesen habe. Das Verbot solcher Speisen, des groben Brodes 2c. von Seiten der Aerzte bei wurmkranken Kindern ist gerechtfertigt. Wie man sich gegen den Bandwurm hüte, ergiebt sich aus vorstehender Erörterung über seinen Ursprung und seine Entwicklung aus Blasenwürmern. Diese werden durch Kochen und Braten, nicht ganz so sicher durch Einpöckeln und Räuchern des Fleisches ertödtet und unschädlich gemacht. Der Genuß des Schweinefleisches ist also nicht gänzlich zu verdammen, wie bei den Juden. Man hüte sich aber vor dem unvorsichtigen Genusse des rohen Fleisches, so die Köchin vor dem Naschen von rohem Klopsfleisch. Die Fleischer, Gastwirthe und Köche sollen mit einem durch Finnen verunreinigten Messer keine Wurst oder Schinken schneiden, oder solch saftreiches Messer durch den Mund ziehen. Ebenso soll der Fleischer das Hackmesser oder den Hackkloß rein von Finnen halten, damit diese nicht auf anderes Fleisch, auf Wurst- oder Klopsfleisch übertragen werden; vor Allem darf er aber kein finniges Fleisch unwissenden Laien als gesundes verkaufen. Zum Schlusse sei erwähnt, daß die Furcht vor der Einwanderung einer andern Wurmart, der Trichine, in den Menschen durch Genuß von Schweinefleisch für unsere Provinz bis jetzt unbegründet ist. In Sachsen hat man freilich diese fadenförmigen weißen Würmchen von kaum ½ Linie Länge bei Menschen und Thieren in millionenfacher Zahl gefunden, und durch Fütterungsversuche von einem Thiere in das andere übertragen. In Plauen ist dem Aufseher des Schlachthofes bereits ein Mikroskop zugetheilt, um trichinenhaltiges Fleisch zu ermitteln. Unsere Gesundheitspolizei aber hat noch keine Trichinen bei unsern Schweinen und andern Hausthieren entdeckt. Fürchten wir uns also vorläufig vor diesen Ungeheuern nicht, zumal wir dieselben durch Kochen, Braten und langes Einpöckeln und Räuchern des Fleisches ebenso, wie die Blasenwürmer tödten und unschädlich machen.

— Am nächsten Mittwoch findet im Stadtverordneten-Saal eine General-Versammlung der Corporation der Kaufmannschaft statt.

— Für die am nächsten Sonnabend im Schützenhause stattfindende große Maskerade sind die Vorbereitungen im vollen Gange. Allem Anscheine nach wird sie, was Ueberraschungen anbetrifft, die früheren Maskeraden übertreffen und viel des Scherzhaften und Humoristischen bieten. In einer so ernsten Zeit, wie wir jetzt haben, ist der geistvolle Humor wie der heitere Scherz gerade am ersten an der Stelle, um die Grillen zu verscheuchen und sich den fröhlichen Lebensgenuß nicht verkümmern zu lassen.

— Der Kreisgerichts-Director Schaller in Carthaus, ist zum Appellationsgerichts-Rath in Bromberg ernannt worden.

Braunsberg. Nachdem Sonnabend Mittag vom königl. Generalcommando in Königsberg per Telegraph der Befehl dazu hier eingegangen war, ist das Ostpr. Jägerbataillon, in der Stärke von ca. 280 Mann Sonntag den 8. d. M. Mittag 1 Uhr von hier ausmarschirt und wird nach 4 Märschen, mit Nachtquartieren in Plaßwich, Wormditt und Gutstadt, am 11. d. in Allenstein eintreffen, woselbst aus den in die dortige Gegend beorderten Truppen der ersten und zweiten Division, zum Schuß der Grenzen gegen Polen, eine Division gebildet werden soll, die dort die weiteren Befehle über die Besetzung der Grenzen erhalten wird.

Gumbinnen, 10. Febr. Es wird hier mitgetheilt daß die Insurgenten das zwei Meilen von der preußischen Grenze gegenüber Schmalleningken belegene, Hrn. Keudel gehörige Gut, Gilgudischken überfallen und aus dem dortigen Gestüt über 100 zum Theil sehr werthvolle Pferde weggeführt worden.

— Der Commandeur der zum Schutz der Grenze im Beuthener Kreise stationirten Truppen, Oberst v. Zschüschen, veröffentlicht durch die „Schlesische Z.", daß an der ganzen Geschichte, die hier nachstehend abgedruckt wird und durch alle Zeitungen gegangen ist, kein wahres Wort ist:

„In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag soll an der Grenze preußischen Truppen ein Unfall zugestoßen sein. Eine Ulanen-Patrouille von 5 Mann, welche auf ihrer Ronde die Orte Myslowitz, Kattowitz und Morgenroth zu berühren hatte, mochte sich in der Gegend von Beuthen zu nahe an die Grenze gewagt haben und wurde dort von Insurgenten überfallen, welche sie überwältigten, ihnen Pferde, Montirungen und Waffen abnahmen und sie dann unter Dankesworten für die erlangten Ausrüstungs-Gegenstände wieder entließen."

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Schlechter Gebrauch eines Löffels.] Daß das Messer, mit welchem sich jeder redliche Mensch mit Dank gegen Gott, den gütigen Geber aller Gaben, sein Brod und Fleisch schneidet, nur zu oft von Mitgliedern der Hand- und Rückenarbeiter hiesiger Stadt dazu gebraucht wird, um sich gegenseitig zu verwunden und in's Lazareth zu bringen, ist allgemein bekannt. Dagegen möchte es aber eine neue Mittheilung sein, daß man auch den unschuldigen Löffel, den Vermittler der Suppe zwischen Teller und Magen, zu solchen blutigen Zwekken gebraucht. — Akiba sagt zwar, es ist schon Alles dagewesen; doch wenn wir die Gerichtsverhandlungen, denen wir beiwohnen, recht überlegen, so scheint uns der alte Herr doch nicht so ganz Recht zu haben. Unserer Kenntniß nach ist es in der Geschichte der Criminalistik der erste Fall, daß der unschuldige Suppenlöffel als Werkzeug einer blutigen That eine Rolle gespielt. Es ist nun aber einmal so, und wir müssen es pflichtgemäß erzählen. Der Knecht Neufeld aus Wossitz, 36 Jahre alt, und der Knecht Schlicht, 47 Jahre alt, gleichfalls aus Wossitz, beide daselbst bei einem Herrn dienend, befanden sich am 8. Dec. v. J. hier in Danzig. Schlicht hatte ein fettes Schwein und fand unter den hiesigen Sackträgern, nachdem er ihnen dasselbe angepriesen, Liebhaber zum Kauf, was ihm sehr angenehm war, weil er sein Schwein gerne verkaufen wollte, um baares Geld zu erhalten. Der Neufeld suchte aber, man weiß nicht aus welchem Grunde, den Kauf zu vereiteln, indem er den kauflustigen Sackträgern sagte, daß das Schwein von Schlicht entsetzlich mager sei. Demzufolge kam der Schweineverkauf nicht zu Stande. Darüber war Schlicht äußerst empört. Indessen trat er mit seinem Kameraden gemeinschaftlich den Weg nach Wossitz an. Es war Schneetreiben. Schlicht meinte, dem von seinem Herrn empfangenen Befehl zufolge nicht so schnell fahren zu dürfen, daß die Pferde dampften. Da jagte plötzlich Neufeld mit seinen muthigen Rennern an ihm wild vorüber. Schlicht rief ihm zu: „So fahren Jungen, aber nicht redliche Knechte!" Das nahm Neufeld übel, aber

ließ sich von seiner schnellen Fahrt nicht abhalten. Indessen kam Schlicht, der langsam fuhr, auch zur rechten Zeit beim Abendessen im Hause seines Herrn an; aber bei diesem entwickelte sich erst recht der Streit zwischen ihm und seinem Kameraden. Die Folge war, daß Neufeld seinen Löffel, anstatt ihn mit der Suppe in den Mund zu stecken, zur Verarbeitung des Kopfes von Schlicht gebrauchte. Dieser war denn auch bald ganz mit Blut bedeckt und man mußte einen Arzt zur Hülfe herbeiholen. Erst nach 6 Tagen war Schl. wieder arbeitsfähig. Vorgestern befand sich Neufeld wegen Körperverletzung vor den Schranken des Criminal-Gerichts, doch bestritt, sich irgend wie gegen Neufeld straffällig vergangen zu haben. Indessen wurde durch die Zeugenaussage des Damnificaten und das ärztliche Gutachten des Herrn Dr. Scheel aus Gr. Zünder festgestellt, daß der Angeklagte sich einer Körperverletzung vermittels eines Löffels schuldig gemacht, worauf er zu einer Gefängnißstrafe von 8 Tagen und Tragung der Kosten verurtheilt wurde.

Fortsetzung der Rede des Hrn. Regier.- u. Schulrath Dr. Wantrup in der General-Versammlung des Preußischen Volks-Vereins vom 4. Febr. 1863.

Unsere Partei aber, sagt der Abgeordnete Twesten, sei nur „regierungsfähig gegen den Willen des Volks.“ Das ist ja gerade die größte Kunst, zu regieren über widerwillige Leute. Wenn nun die Conservativen und das conservative Ministerium regierungsfähig sind gegen den Willen des Volks, wie regierungsfähig muß ein solches Ministerium sein mit dem Willen des Volks! Da muß es ja eine wahre Freude sein zu regieren! Also aus dem Munde des Gegners nehmen wir das Testimonium, daß unsere Partei regierungsfähig ist mit und gegen den Willen des Volkes. Nur ein kräftiges Ministerium wird regieren können, denn zum Regieren gehört Kraft; Wir haben es 1848 in Preußen schon erlebt, denn dem November-Ministerium fielen nach und nach alle diejenigen zu, die vorher noch so stark gegen dasselbe geschrieen hatten. Gegenüber allen solchen Redensarten haben wir nun auch von einer Seite, die sonst nicht zu uns gehört, aus dem Munde des Abgeordneten v. Vincke, der sich ganz mit der würdigen Erklärung des Herrn Finanzministers im Einverständniß erklärte, — das Wort gern vernommen „es möchten die fortschrittlichen Gegner nicht vergessen, daß sie als Preußen zum Könige zu reden hätten.“ Herr v. Vincke mag oft gegen uns gewesen sein, aber einen Punkt giebt es, da wird immer das alte adlige Blut in ihm wach, wenn es heißt „der Respekt vor dem Könige“, und das müssen wir an ihm loben, da wird er stets dafür zeugen, was Schuldigkeit und Pflicht ist. Zu solchen extravaganten Aeußerungen, die fast über das Lächerliche gehen, wie z. B. eines Professors Behauptung „solch ein Abgeordnetenhaus, wie das gegenwärtige, würde, wenn man es 1805 gehabt hätte, Preußen vor seinem tiefen Falle bewahrt haben (Heiterkeit) — ist ein Vincke und Andere doch zu nüchtern. Sagen Sie auch, meine Herren, ob es etwas Lächerlicheres von Behauptungen giebt; ich weiß es wirklich nicht; es ist aber jedenfalls das Stärkste, was Jemand sich einbilden kann in seines Nichts durchbohrendem Gefühle. Nun, meine Herren, es würde wohl zu weit führen, wenn wir alle diese Beweise von — großer Bescheidenheit, die dort im Parlamente laut geworden sind, durchnehmen wollten. Wir werden abwarten, ob das Land zu den Abgeordneten steht; wir werden das ganz ruhig abwarten. Wir wissen aus der Geschichte dieser Tage „der König rief, und Alle, Alle kamen“ — das ist in Preußen immer so Sitte (Bravo, Bravo!), aber wenn das Abgeordnetenhaus ruft, da kommt Keiner, oder wer da kommt, der kann immerhin kommen, er wird Preußen nicht auf einen andern Fuß bringen. Das Abgeordnetenhaus möchte es wohl erleben, daß es ziemlich allein stände. Die Zeiten sind noch lange nicht, die Herr v. Unruh in seiner Schrift von 1851 als bevorstehend herauf beschworen hat, in denen „die vollständige Aufreibung des monarchischen Prinzips kommen werde, denn das sei das Ziel der demokratischen Partei.“ Meine Herren, das hat der Mann 1851 gesagt. Bei seiner Wahl im Marienburger Kreise wurde er jetzt dargestellt als ein sehr gemäßigter Mann. Aus dem Jahre 1848 wissen wir denn doch von ihm und seiner Partei so Einiges, was nicht sehr gemäßigt aussieht. Herr v. Unruh und Herr v. Kirchmann sollen damals die bescheidene Forderung gethan haben, die Prinzen müßten entfernt werden, der König müsse sich unterwerfen und dergleichen mehr. Jetzt sagt Herr v. Unruh, der Schein-Constitutionalismus, den wir ja nach Ansicht der Gegner in Preußen haben, daure etwa 10—15 Jahre. 1848 haben wir den Schein-Constitutionalismus bekommen, und wir schreiben jetzt 1863, das sind 15 Jahre; da würde also nach der Rechnung dieses Abgeordneten die Zeit gekommen sein, wo der Schein-Constitutionalismus ein Ende hätte „und mit ihm, wie er ganz zwanglos hinzusetzt, mit ihm die Dynastie.“ Also 48 einige Prinzen, 63 die Dynastie! Wenn das in Preußen gesagt werden kann, meine Herren, so ist das doch wirklich ein solches Maß von Redefreiheit, wie wir es bisher gar nicht geglaubt haben. Aber auf der unverantwortlichen Tribüne können höchst unverantwortliche Dinge in das Land geschleudert werden, und wir sind der unverantwortlichen Tribüne recht dankbar, daß das so offen in das Land hineingeschleudert worden ist. Jetzt wird doch wohl nicht mehr von Heuchelei und von Mißverständnissen die Rede sein! Ein jeder Mensch, der etwas zwischen den Zeilen liest, der wird doch wissen, was das Alles zu bedeuten hat; er wird die Attrapen, wie es in einer Zeitung neulich ganz richtig bezeichnet wurde, die Attrapen der Ehrfurcht und Treue und Anhänglichkeit gegen den König, worin alle die schönen Dinge, die dem Könige von Preußen in der Adresse gesagt werden, nicht verkennen; wo ihm unter andern gesagt wird, an seiner Verfassungstreue sei gar nicht zu zweifeln, aber die Verfassung sei schon verletzt, als wenn der König ½ Jahr krank oder verreist gewesen wäre und nicht wüßte, was in der Zwischenzeit vorgegangen, und nicht den konservativen Deputationen gesagt hätte, dies sei sein Königlicher Wille, er sei mit seinem Ministerium durchaus einverstanden, die Armee-Reorganisation sei sein eigenstes Werk. Dennoch aber ist die Verfassung schon verletzt!! Ja, was haben diese Vorwürfe schon für Phasen durchgemacht! Zuerst war es eine Geldfrage; eine Geldfrage ist bedenklicher Natur, und als um der Geldfrage (des Hagenschen Antrages) willen, das Abgeordnetenhaus aufgelöst wurde, erwies sie sich auch als verwirrender Natur. Die Frage wurde nun eine constitutionelle nach dem doctrinären Brauch. Dann steigerte sich die Frage zur socialen und zwar darum, weil es hier darauf ankomme, die vielen Rechte der Privilegirten (!) zurückzuweisen, die nämlich in der Armee ihre Privilegien geltend machten; da war es also eine sociale Frage. Jetzt wird es eine Machtfrage, eine Regimentsfrage, eine Frage, ob im Lande Königliches oder Majoritäts-Regiment stattfinden soll. So stehn wir nun! so weit sind wir endlich gekommen, das ist nun überall klar geworden.

(Schluß folgt.)

Meteorologische Beobachtungen.

12	8	337,92	+ 4,4	Westl.	flau,	bezogen.
	12	337,13	+ 6,1	do.	frisch,	do.

Geschlossene Schiffs-Frachten:

Am 12. Februar.

Hull 3 s. 3 d. pr. Qr. Weizen. Firth of Forth 3 s. pr. Qr. Weizen. Hull 15 s. 6 d. pr. Load fichtne Balken. Grimsby 14 s. 6 d. pr. Load fichtne Balken. Amsterdam hollfl. 22½ pr. Last Saat. Bordeaux Frcs. 50 und 15% pr. Last fichtene Balken.

Course zu Danzig am 12. Februar.

	Brief	Geld	gem.
London 3 M. . . . . tlr.	6.21¼	—	¼
Hamburg 2 M. Bc. 300	151½	—	—
Amsterdam 2 M. hollfl. 250	143⅜	—	—
Staatsschuldscheine	90	—	—
Westpr. Pf.-Br. 3½%	87½	-	—
do. 4%	99	—	98¾
do. 4½%	103½	—	—
Staats-Anleihe 5%	—	—	106⅝
Danz. Privat-Actien-Bank	106¾	—	—

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Angekommen am 11. Februar:

N. J. Larsen, Emanuel, v. Svendborg; N. P. Freymuth, Heinrich, v. Wolgast; O. Petersen, Neptunus, v. Svendborg; u. H. Andresen, Hoffnung, v. Arnis, m. Ball.

Angekommen am 12. Februar.

W. Ressel, Pauline, v. Stettin, m. Gütern. D. Müller, Achilles, v. Toulon, m. Ball. Nichts in Sicht. Wind: West.

Producten-Berichte.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 12. Februar:

Weizen, 35 Last, 134pfd. fl. 537½; 131pfd. fl. 530; 130.31pfd. fl. 520; 130pfd. fl. 516, 515 Alles pr. 85pfd.

Roggen, 120pfd. fl. 315; 123pfd. fl. 321; 124pfd. fl. 324; 124.25pfd. fl. 327 pr. 125pfd.

Gerste, gr., 114.15pfd. fl. 264; 116pfd. fl. 271½.

Erbsen w., fl. 294, 306, 309.

Bahnpreise zu Danzig am 12. Februar:

Weizen 124—131pfd. bunt 74—86 Sgr.
125—133pfd. hellbunt 78—90 Sgr.

Roggen 120—127pfd. 52½—55 Sgr. pr. 125pfd.

Erbsen weiße Koch- 50—52½ Sgr.
do. Futter- 48—49 Sgr.

Gerste kleine 106—110pfd. 36½—39/40 Sgr.
große 110—116pfd. 40—46 Sgr.

Hafer 65—80pfd. 23—26 Sgr.

Spiritus 14½ Thlr. pr. 8000 Tr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

Landschafts-Rath v. Blumenthal n. Gem. a. Gottschalk. Rittergutsbes. Knuht n. Gem. a. Rochoczin. Die Kaufl. Volbeding u. Holzweissig a. Leipzig, Schleifenbaum a. Siegen, Kerfack a. Berlin, Oldham a. London, Michel a. Frankfurt a. M. u. Biesterfeld a. Newcastle.

Hotel de Berlin:

Concertmeister Mart a. Berlin. Die Kaufl. Fließ a. Berlin u. Meddigen a. Barmen.

Walter's Hotel:

Königl. Ober-Amtmann Sasse a. Amt Beeskow. Lieut. u. Rittergutsbes. v. Zeromski n. Gem. a. Jerskewitz. Gutspächter Thiede a. Gr. Mehsow. Maurermeister Münchau u. Kr.-Ger.-Secret. Lemann aus Pr. Stargardt. Die Kaufl. Baumgärtner a. Berlin und Pannenborg a. Veener.

Schmelzer's Hotel:

Senator Albers a. Bremen. Adv.-Notar Amthur a. Waldenburg. Die Kaufl. Lieberwirth a. Berlin, Dittmann a. Königsberg, Baumann a. Glauchau und Bornemann a. Meranee.

Hotel d'Oliva:

Advokat Dr. jur. Sander a. Cöthen. Gutspächter Ahland a. Lissau u. Schmidt a. Zemblin.

Hotel de Thorn:

Rittergutsbes. Freitag a. Bromberg. Gutsbes. Simen a. Braunsberg. Brauereibes. Reuter a. Wickbold. Die Kaufl. Guttzeit u. Mason a. Königsberg.

Stadt-Theater zu Danzig.

Freitag, den 13. Februar. (5. Abonnement No. 15.)
Der Vetter. Lustspiel in 3 Acten von Benedix.
Hierauf: **Sachsen in Preußen.** Genrebild mit Gesang und Tanz in 1 Act von E. Pohl. Musik von Conradi.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.